

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 6

Artikel: Das Programm des französischen Gewerkschaftsbundes (C.G.T)
Autor: Spühler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329663>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

bloß Feinde, sondern auch mancher Freund — zu simplistisch aufgefaßt, als eine einfache Formel, die mit dem Anspruch auftrat, daß ihr Besitz bereits die Lösung aller Rätsel der Menschheitsgeschichte gebe. Nun, mein Buch mag die mannigfachsten Beanstandungen und Aussehnungen erfahren, aber eines wird nach seiner Lektüre jeder zugeben: die materialistische Geschichtsauffassung ist nichts weniger als eine einfache Schablone. Im Gegenteil, sie setzt für das Verständnis jeder einzelnen Geschichtsepoke weit umfangreichere und mannigfaltigere historische Forschungen voraus, als das bei jeder andern Geschichtsauffassung der Fall ist.

Und das gilt nicht nur für den forschenden Historiker, sondern auch für den Politiker, der seine Praxis historisch begründen und befestigen will.

Das Programm des französischen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.).

Von Dr. Willi Spühler, Zürich.

Frankreichs politische Parteien rüsten zu den Parlamentswahlen des kommenden Frühjahrs. Inmitten der um die Volksgunst werbenden Verheißenungen der Kandidaten erhebt auch der französische Gewerkschaftsbund — Confédération générale du Travail (C. G. T.) — seine fördernde Stimme. Nicht daß dieser eigene Kandidaten aufstellen oder sonstwie am Wahlkampf teilnehmen möchte. Die C. G. T. ist keine Wahlpartei und hat sich immer dagegen gewehrt, an rein politischen Aktionen engagiert zu werden. Aber sie hat die Gewohnheit herausgebildet, bei solchen Gelegenheiten, wie sie die Erneuerungswahlen der Kammer bieten, ihr eigenes Programm als Niederschlag der Minimalforderungen der Arbeiterklasse weithin vernehmlich zu proklamieren.

Beim Durchlesen dieses Programmes von 1927 steigt mir die Erinnerung auf an jenes erste, berühmt gewordene Minimalprogramm des Jahres 1919, das mich auch heute noch frappiert durch seine Lebendigkeit, seine durchdringende geistige Schärfe und durch seine helle Voraussicht kommender Probleme und ihrer notwendigen Lösungen. Mit dem Programm von 1919 wurde die neue *fonction publique* Auffassung des französischen Syndikalismus gegenüber allen ökonomischen Gegenwarts- und nächsten Zukunftsproblemen der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft offensichtlich. Der Wille zum Aufbau, zur Vorbereitung — Stein auf Stein — des künftigen proletarischen Gesellschaftsbaues, heute schon, ist charakteristisch für die Führer des französischen Gewerkschaftsbundes. Der Krieg hat die Gewerkschafter überrascht und ebenso sehr die Revolutionen in Mittel- und Osteuropa. Das Proletariat Frankreichs, jenes Landes, wo der Sieg der Armee der Revolution den Weg versperrte, ist Zuschauer der revolutionären Versuche der Arbeiter jenseits der Landesgrenzen um den festen Aufbau des neuen Staates gewesen. Das Schauspiel dieses Ringens um die Gestaltung der Zukunft hat seinen

revolutionären Drang auf die geistige Klärung und Vorbereitung der Umwälzung gelenkt. Der Moment der entscheidenden schöpferischen Tat sollte es nicht ohnmächtig und ratlos finden. „Von nun an den Rahmen des künftigen proletarischen Staates vorzubereiten“ (Jouhaux), erschien den französischen Gewerkschaften die dringendste Aufgabe — „organisieren, um besser zertrümmern zu können“. Über das Einsetzen für unverzüglich realisierbare Reformen hinweg zielen die syndikalistischen Anstrengungen auf die Emanzipierung der Arbeiterschaft von aller Ausbeutung, auf einen Zustand, „in dem alle gleichermaßen Arbeiter sind“.

Das neue Programm von 1927 sieht in erster Linie in der raschen gesetzlichen Stabilisierung der Währung die notwendige Voraussetzung einer Veruhigung des Wirtschaftslebens und der Ausschaltung der die Lebenshaltung verteuernden Spekulation.

Die C. G. T. tritt für eine Höchstanspannung aller wirtschaftlichen Kräfte, für eine Steigerung der Produktion und der Produktivität ein, sofern diese sich auf dem innern Markt durch eine Stärkung der Kraft des französischen Volkes äußert. Die französischen Gewerkschafter haben sich die Erfahrungen, insbesondere Deutschlands, zu eigen gemacht, wo sich die Steigerung der Löhne als sichersten Antrieb und Stütze der Inlandskonjunktur erwies. Mit der Forderung nach Hebung des Massenwohlstandes befinden sich die Gewerkschaften in Uebereinstimmung mit den Erkenntnissen der Wissenschaft.

Die französischen Gewerkschaftsführer könnten sich aber nicht zufriedengeben mit einer bloßen Vergrößerung des Arbeitsanteiles am Sozialprodukt; die C. G. T. will die Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß prinzipiell ändern. Sie fordert zuerst volle Anerkennung der in Frankreich noch umstrittenen Gewerkschaftsfreiheit und die Anerkennung der Gewerkschaften nicht nur als Verteidiger der Berufsinteressen bei der Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern auch als die Organisation der Arbeiter als Produzenten. „Wenn der Syndikalismus einen Sinn hat, so deswegen, weil er gleichzeitig eine Vertretung der Produzenten und eine Organisation der Produktion bedeutet“ (Jouhaux). Und der Grundstein der französischen Gewerkschaftstheorie, die Charte d'Amiens des Kongresses des Jahres 1906, sagte: „Die Gewerkschaft wird in der Zukunft Produktions- und Verteilungskörper, Grundlage der sozialen Reorganisation sein.“ Die Gewerkschaft soll dem einzelnen Arbeiter das Produzentenbewußtsein, das Bewußtsein von seiner sozialen Funktion und seiner Geltung als Wirtschaftssubjekt geben. Durch sie geht der einzelne ganz auf in der Kollektivität seiner Berufsgenossen, durch sie aber auch erst kann er mitwirken an der Wirtschaftsführung. Bei diesem kollektiven Auftreten der Arbeiterschaft einer ganzen Industrie als einheitliche Wirtschaftsgruppe ist es gegeben, als Grundlage aller aus dem Arbeitsverhältnis hervorgehenden neuen Aufgaben und Probleme ein geschlossenes System von kollektiven Arbeitsverträgen anzustreben. Auf dieser Basis baut sich dann die weitere Forderung einer Teilnahme der Arbeiterschaft an der Führung der Betriebe selber, eines Mitsprachekons

t r o l l r e c h t e s in den Betrieben auf. Dadurch erst werden die materiellen und sittlichen Grundlagen des jetzigen Arbeitsverhältnisses prinzipiell gewandelt und der Arbeiterschaft die volle Kenntnis des Resultates ihrer Arbeit vermittelt und damit auch ihre sozialen Verantwortlichkeiten bestimmt.

Gegenüber den jüngsten nationalen und internationalen Zusammenschlüssen und Vereinbarungen der privaten Wirtschaft (Interessengemeinschaften, Kartellen usw.) verlangt das Programm der C. G. T. die Kontrolle durch ein staatliches Organ, in dem speziell die Konsumenten und Arbeiter vertreten sein sollen. Das gleiche Kontrollrecht wird gegenüber den Finanzinstituten postuliert.

Das Bekenntnis des Manifestes zur R a t i o n a l i s i e r u n g als einem Element des ökonomischen und technischen Fortschrittes wird abhängig gemacht von den Sicherungen gegen die möglichen Gefahren der Rationalisierung für die Arbeiterschaft: Ausbau der Arbeitslosenversicherung, Erleichterung der Umstellung auf andere Berufe durch Förderung der Berufsausbildung, Mitberatung der Arbeiterschaft bei der Einführung von Rationalisierungsmaßnahmen. Denselben Zwecken dienen die sozialpolitischen Forderungen auf absolute Respektierung des Achtstundentages, auf Gewährung bezahlter Ferien, Ernennung von Arbeiterdelegierten bei der Unfallaufsicht, Ratifikation der verschiedenen internationalen Übereinkommen. Die große Wandlung des französischen Syndikalismus zum „Reformismus“ kommt deutlich zum Vorschein in der Forderung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, die — zusammengehend mit einer gewissen wirtschaftsfriedlichen Tendenz — auf einer Anerkennung der staatlichen Autorität fußt, wie sie in den Anfängen der französischen Gewerkschaftsbewegung, die stark mit anarchistischen Einschlägen behaftet war, unmöglich gewesen wäre. Anarchistische Erinnerungen werden den Gewerkschaften von der französischen Bourgeoisie auch heute noch vorgeworfen. Gerade in jener Forderung des Minimalprogrammes auf Verankerung des nationalen Wirtschaftsrates in der Verfassung wittern sie einen erneuten „Anschlag“ auf den Staat. Der N a t i o n a l e W i r t s c h a f t s r a t ist ein Organ, das, zusammengesetzt aus Vertretern der verschiedenen Produzentengruppen aus Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr und der Konsumenten, bei nationalen Wirtschaftsfragen zu konsultieren ist. Seine Gründung geht auf eine Forderung der C. G. T. im Jahre 1918 zurück. Das Minimalprogramm verlangt nun, daß seine Kompetenzen erweitert werden, derart, daß alle Gesetzentwürfe ökonomischer und sozialer Art obligatorisch diesem Rate zur Beratung vorzulegen seien. In diesem Punkte haben die reaktionären Kreise besonders aufgemacht. Wegen der Forderung der C. G. T. auf Mitwirkung der Berufsorganisationen bei der Ausübung staatlicher Funktionen und auf Übertragung der eminent politischen Wirtschaftsaufgaben der Nation an jene haben sie die C. G. T. faschistischer Neigungen bezüglich. Sich gegen diesen Vorhalt zu wehren, haben die französischen Gewerkschaften sicher nicht nötig. Die Idee der berufskorporativen Vertretung, die Räteidee und der Gedanke des Wirtschafts-

parlamente sind keine Schöpfungen des Faschismus; sie sind von diesem für seine Zwecke usurpiert und durch eine jämmerliche Verzerrung von Form und Inhalt zu einem Instrument der Unterdrückung und der politischen Unfreiheit gemacht worden. Der korporative Staat Mussolinis ruht auf der Spitze, in der die gesamte politische Macht unkontrolliert in ungeheurem Maße konzentriert ist. Die berufsständische Vertretung ist eine von dieser Spitze ernannte Konsulta; die Berufsorganisationen selbst, ohne irgendein Recht der Teilnahme an der Herausbildung des staatlichen Willens, sind bloße Zwangsvereinigungen der Berufsangehörigen, deren Zwangsbeiträge für die großen Kosten des bureaukratischen Apparates aufkommen. Von einer Wahrnehmung der Berufsinteressen oder einer wirklichen Erfüllung wirtschaftlicher Funktionen ist keine Rede.

Die C. G. T. macht mit ihrer Forderung der Heranziehung der Berufsorganisationen zu wirtschaftlichen Aufgaben der Nation nur die demokratisch-politische Nutzanwendung der Erkenntnis vom heutigen Hineinwachsen des Wirtschaftlichen in das staatliche Leben der Gesellschaft. Sie fordert die notwendige Korrektur des überlieferten staatlichen Mechanismus, welcher Erscheinungen des sozialen und ökonomischen Lebens der jüngsten Gegenwart nicht voll gewachsen ist.

Die Stärke der Erwägungen und der Forderungen der C. G. T. liegt darin, daß es Reformen sind, die dem ganzen Volke und der gesamten menschlichen Gesellschaft mehr Ordnung, mehr Wohlstand und sittliche Würde zu bringen vermögen.

Wenn es nur begrüßenswert ist, daß der französische Gewerkschaftsbund in einem Minimalprogramm die Postulate der Arbeiterschaft zusammenfassend zum Ausdruck bringt und so dem Lande von Zeit zu Zeit eine geschlossene Darstellung seiner nächsten sozialen und wirtschaftlichen Ziele gibt, so war der Umstand, daß dieses Programm mitten in den Wahlkampf hineingeworfen worden war, geeignet, einige Verwirrung unter den Arbeiterwählern hervorzurufen. Die Einladung der C. G. T. an „jene, die sich auf den sozialen Fortschritt berufen“, sich zu ihrem Programm zu bekennen, öffnete der gewöhnlichsten Stimmenfängerei seitens der politischen Parteien die Türe. Muß es doch für einen „fortschrittlichen“ Kandidaten verlockend sein, durch das billige Lippenbekenntnis zum Programm der C. G. T. sich sozusagen offiziell das Attribut eines Verfechters der Arbeiterinteressen zulegen zu dürfen! In der Tat hat sich jene Partei, in der sich kleibürgerliche, bäuerliche und großkapitalistische Elemente die Hand reichen, die radikale, beeilt, die Nudität ihres Programmes hinter dem der Gewerkschaften zu verhüllen und die „weitgehende Übereinstimmung“ mit ihren Wahlpunkten festzustellen. Der Ausschuß der C. G. T. hat es deshalb kürzlich für nötig befunden, die völlige Unabhängigkeit seines Programmes von demjenigen politischer Parteien zu betonen. Die leidige Verwirrung kommt nur davon, daß zwischen C. G. T. und sozialistischer Partei noch nicht jene engen persönlichen und sachlichen Verbindungen bestehen, wie es wünschenswert wäre und wie es in andern Ländern der Fall ist.